



«Entwicklungspolitischer Wahlcheck 2013»

- ein Projekt des EPN Hessen zur Hessischen Landtagswahl am 22. September 2013

Das Entwicklungspolitische Netzwerk Hessen e.V. (EPN Hessen) vertritt die Interessen und Anliegen der hessischen entwicklungspolitischen Gruppen, Initiativen, Vereine, kirchlichen Arbeitsstellen und größerer Nichtregierungsorganisationen (NRO).

Zur hessischen Landtagswahl stellt EPN Hessen den «*Entwicklungspolitischen Wahlcheck 2013*» vor: Die antretenden Parteien und KandidatInnen bekommen darin Gelegenheit, sich zu globalen Fragen und entwicklungspolitischen Themen zu positionieren. EPN Hessen stellt anschließend die Antworten der Parteien bzw. der KandidatInnen der Öffentlichkeit vor. Wir bitten daher, den Wahlcheck bis zum 09. August unter **info@epn-hessen.de** oder **postalisch** an die Geschäftsstelle des Netzwerks zurückzusenden und bedanken uns für ihre Teilnahme.

Entwicklungspolitisches Netzwerk EPN Hessen e.V.
Vilbeler Str. 36, 60313 Frankfurt
Tel. 069 / 913 95 170, Fax: 069 / 976 986 70

info@epn-hessen.de
www.epn-hessen.de

Die Themen im Überblick

- I. Strukturelle Förderung der Eine Welt-Arbeit in Hessen und ihrer Vernetzung im Entwicklungspolitischen Netzwerk Hessen e.V. (EPN Hessen)
- II. Erhöhung der Haushaltsmittel für das entwicklungspolitische Engagement der Zivilgesellschaft
- III. Stärkung von Belangen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und des Globalen Lernens in der hessischen Bildungspolitik im Sinne der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“
- IV. Kohärenz der Nord-Süd-Entwicklungspolitik und global nachhaltige Entwicklung als Querschnittsaufgabe
- V. Einrichtung eines entwicklungspolitischen Beirats in Hessen
- VI. Unterstützung kommunaler und regionaler Entwicklungszusammenarbeit in Hessen und Förderung des Agenda 21-Prozesses
- VII. Unterstützung globaler Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele und Lokaler Agenda-21 Prozesse
- VIII. Berücksichtigung entwicklungspolitischer Kriterien im Beschaffungswesen der hessischen Landesregierung
- IX. Stärkerer Einsatz Hessens auf Bundes- und Europaebene für die Entwicklungspolitik
- X. Stärkere Vernetzung zwischen Klimaschutz und Entwicklungsprojekten als Beitrag zu globaler Gerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung
- XI. Migration, Integration und Asyl in Hessen

Zu den Fragen im Einzelnen

I. STRUKTURELLE FÖRDERUNG DER EINE WELT-ARBEIT IN HESSEN UND IHRER VERNETZUNG IM ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN NETZWERK HESSEN E.V. (EPN HESSEN)

Die nicht-staatliche Eine Welt-Arbeit, wie sie im Entwicklungspolitischen Netzwerk Hessen angelegt ist, benötigt neben der Projektförderung unbedingt auch projektungebundene strukturelle Förderung, um Inhalte wie Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements bedarfsorientiert und nachhaltig weiter zu entwickeln. Es braucht starke zivilgesellschaftliche Netzwerke, die globale Themen fachlich kompetent und dauerhaft begleiten, Bewusstsein schaffen, beratend und qualifizierend tätig sind. Die Beratungs- und Projektarbeit des EPN Hessen und der landesweit aktiven Eine Welt-PromotorInnen ermöglichen dabei eine verlässliche Unterstützung der Initiativen vor Ort.

<http://www.epn-hessen.de/netzwerk/promotorinnenprogramm>

Frage 1:

Werden Sie sich für die strukturelle projektungebundene Förderung der Beratungs-, Qualifizierungs- und Vernetzungsarbeit des EPN Hessen als Eine Welt Landesnetzwerk und seines Eine Welt-PromotorInnenprogramms einsetzen?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

Ja. Wir sehen die Entwicklungszusammenarbeit als ein Feld an, das kontinuierlich bearbeitet werden muss. Eine rein projektbezogene Finanzierung steht diesem Ansatz entgegen und gefährdet die dauerhaften Strukturen, die für dieses Engagement nötig sind. Wir treten deshalb für eine fest kalkulierbare und dynamische Finanzierung über den Haushalt des zuständigen Ministeriums (HMWVL) ein.

II. ERHÖHUNG DER HAUSHALTSMITTEL FÜR DAS ENTWICKLUNGSPOLITISCHE ENGAGEMENT DER ZIVILGESELLSCHAFT

1970 versprachen die Industriestaaten vor der UN-Vollversammlung mindestens 0,7% des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungshilfe aufzuwenden, was unserer Auffassung nach auch die Bundesländer in die Pflicht nimmt. Der Anteil der deutschen Entwicklungsausgaben am BNE lag für den Bund 2012 bei 0,38 Prozent („ODA-Quote“), ein erneuter Rückgang gegenüber 2011. Für Hessen lag der ODA Anteil am BIP 2011 bei 0,029%, wobei sich der Löwenanteil aus kalkulatorischen Kosten für Studienplätze ausländischer Studierender errechnet. Die zivilgesellschaftliche Bildungs- und Projektarbeit erhielt ganze 0,00011% der ODA-Mittel, bei denen überdies der Anteil des Landes jeweils nur max. 40% der Gesamtkosten deckt. Angesichts dieses überdeutlichen Nachholbedarfs, möchten wir von Ihnen wissen:

Frage 2a:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Hessen die Forderung der UNO und des Europäischen Rats umsetzt, 0,7% des BNE für entwicklungspolitische Aktivitäten zur Verfügung zu stellen?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

Ja, wir sehen die entsprechende Selbstverpflichtung der Bundesrepublik weiterhin als bindend an. Da der Bund seiner Verpflichtung nicht nachkommt, sind die Länder besonders gefordert, entsprechend Druck auf die Bundesregierung auszuüben und bis zur Erfüllung der internationalen Selbstverpflichtung in Vorleistung zu gehen. Damit käme Hessen der Selbstverpflichtung der Bundesländer aus dem Jahre 2008 nach, ihre Anstrengungen zur Erreichung der Millenniumsziele zu verstärken.

Zivilgesellschaftliche Eine Welt-Arbeit ist geprägt von Vielfalt, großem Engagement und Sachverstand, Verantwortungsgefühl und hoher persönlicher wie politischer Verbindlichkeit. Dank dieser Charakteristika können staatliche Gelder und vorhandene Ressourcen hocheffektiv im Sinne global gerechter Entwicklung eingesetzt werden. 2013 wurde der Haushaltstitel des Landes für die Bildungs- und Projektarbeit von Nichtregierungsorganisationen deutlich überzeichnet, viele Projekte konnten nicht ausreichend gefördert werden.

Frage 2b:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, diese Haushaltsmittel zur Förderung der zivilgesellschaftlichen Projekt- und Bildungsarbeit im nächsten Haushalt mindestens auf das Niveau von 2003 (534.000 Euro) anzuheben?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

Ja. Wir haben seit dem Einzug der LINKEN in den Hessischen Landtag entsprechende Haushaltsanträge gestellt und sehen dieses Förderungsniveau angesichts der oben angesprochenen Herausforderungen als Ausgangsbasis an, da es gerade einmal ungefähr der Förderhöhe entspräche, die in Hessen in den 90er Jahren üblich war.

III. STÄRKUNG VON BELANGEN DES GLOBALEN LERNENS UND DER ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN BILDUNGSARBEIT ALS BEITRAG ZUR UN-DEKADE „BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG“ UND DARÜBER HINAUS

Die Hessische Landesregierung hat sich mit einem Kabinettsbeschluss vom 12.12.2005 dazu verpflichtet, sich aktiv und ressortübergreifend an der UN-Weltdekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" zu beteiligen.

Zahlreiche entwicklungspolitische Initiativen und NRO bereichern sowohl Hessens Schulalltag als auch die außerschulische Fort- und Weiterbildung mit anspruchsvollen Angeboten Globalen Lernens. Hessen hat sich mit der Orientierung an Kerncurricula und dem Leitbild der selbstständigen Schule prinzipiell weiter für das problemorientierte, fachübergreifende Lernen geöffnet. Damit entwicklungspolitische Bildungsangebote nun besser dazu beitragen können, dass Menschen in Hessen global bewegt und kompetenzorientiert lernen, braucht es konkrete Ansätze sowie die Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements.

Frage 3:

Unterstützen Sie die Forderungen, das Konzept einer „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (UN-Dekade) gemäß des 2007 von der Kultusministerkonferenz und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vorgestellten „Orientierungsrahmen Globale Entwicklung“ in Hessen in allen Schulformen umzusetzen, es in die Ausbildung der Lehrkräfte zu integrieren sowie entwicklungspolitische Themen stärker in die Aus- und Fortbildungspläne der Fachhochschulen für die Angehörigen des Öffentlichen Dienstes aufzunehmen?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

Ja, entwicklungspolitische Themen stehen nach Ansicht der LINKEN ohnehin in enger Verbindung mit den Fragen sozialer und ökologischer Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Internationale und globale Zusammenhänge zwischen der wirtschaftlichen Tätigkeit von Unternehmen hierzulande und weltweit sind gerade für eine international so eingebundene Wirtschaft wie die deutsche hoch relevant und sollten als Teil der Lehrpläne ebenso Beachtung finden wie die Konsequenzen, die sich aus dieser Verwobenheit für die deutsche Außen-, Wirtschafts-, Umwelt-, Sozial-, Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik ergeben.

IV. KOHÄRENZ DER NORD-SÜD-ENTWICKLUNGSPOLITIK UND VERANKERUNG VON ENTWICKLUNGSPOLITIK ALS QUERSCHNITTAUFGABE

Die über 90 Mitgliedsorganisationen des EPN Hessen fordern die konsequente Beachtung entwicklungspolitischer Grundprinzipien bei allen politischen Entscheidungen des Landes. Dazu gehört die stärkere Abstimmung und Transparenz aller Politikfelder, insbesondere jedoch Wirtschaft, Bildung, Umwelt, Kultur, Migration und Integration sowie die Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Expertise.

Bislang finden weder regelmäßige Berichterstattung durch die Landesregierung noch eine Debatte im Hessischen Landtag über die entwicklungspolitischen Auswirkungen der Landespolitik und den Einsatz der ODA-Mittel des Landes statt.

Frage 4:

Setzt sich Ihre Fraktion dafür ein, dass Hessens Entwicklungspolitik kohärenter wird sowie regelmäßig Monitoring und Berichterstattung stattfinden?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

Ja, wir sehen die Notwendigkeit, dieses für so unterschiedliche Ressorts bedeutsame Thema kohärenter zu bearbeiten. Eine Zusammenführung der Anstrengungen würde auch ein erhöhtes Interesse seitens des Landes dokumentieren. Eine regelmäßige Berichterstattung gegenüber dem Parlament und den engagierten Verbänden wäre sinnvoll.

V. EINRICHTUNG EINES ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN BEIRATS IN HESSEN

Hessens entwicklungspolitisches Engagement wird von staatlichen wie nicht-staatlichen AkteurInnen getragen und verdient breites öffentliches Interesse. Um die vielfältigen Formen der Zusammenarbeit zu fördern und stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, befürwortet EPN Hessen die Einrichtung eines entwicklungspolitischen Beirates für die Landesregierung sowie die partizipative und öffentlich kommunizierte Erarbeitung entwicklungspolitischer Leitlinien/ Grundsätze des Landes.

Frage 5a:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen nach Einrichtung eines entwicklungspolitischen Landesbeirates, dem neben VertreterInnen der politischen Parteien auch VertreterInnen des zivilgesellschaftlichen Eine Welt-Landesnetzwerks und der universitären Entwicklungsforschung angehören?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

Ja, wir halten die Einrichtung eines kontinuierlich arbeitenden Forums zum Austausch zwischen den Landtagsfraktionen, dem zuständigen Ministerium und den genannten Vertreter_innen der Zivilgesellschaft in diesem Bereich für sinnvoll und geboten.

Frage 5b:

Unterstützen Sie die partizipative Erarbeitung entwicklungspolitischer Grundsätze in einem öffentlichen Prozess unter Beteiligung der Zivilgesellschaft?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

Ja, diese Aufgabe könnte sinnvollerweise der in Frage 5a angesprochenen Gremium zukommen. Eine solche Debatte würde wichtige Impulse direkt von den Engagierten an die ausführenden Organe auf Landesseite und an den Gesetzgeber ermöglichen.

VI. UNTERSTÜTZUNG KOMMUNALER UND REGIONALER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT IN HESSEN

Kommunen sind wichtige Akteurinnen in der Entwicklungszusammenarbeit: Von Städtepartnerschaften, lokaler Wirtschaft oder kommunaler Beschaffung bis hin zu immer mehr hessischen Fair-Trade-Towns: Globales Lernen und Handeln findet oft in diesen lokalen Räumen statt. Dazu brauchen die Kommunen rechtliche Sicherheit und finanzielle Ressourcen.

Frage 6a: Global denken – lokal handeln

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die Hessische Gemeindeordnung so zu ändern, dass

a) das Engagement kommunaler Stellen zum Thema Entwicklungszusammenarbeit durch das Land Hessen gefördert und eine Haushaltsstelle für kommunale Entwicklungszusammenarbeit (EZ) im Hessischen Landeshaushalt eingerichtet wird?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

Wir sehen als eines der Handlungsfelder, auf dem Kommunen am unmittelbarsten entwicklungspolitisch aktiv werden können, die öffentliche Auftragsvergabe und Beschaffung und das Engagement in der Erzeugung klimaschonender erneuerbarer Energien. In beiden Bereichen wollen wir die Kommunen deutlich auch personell unterstützen, um Beratung und Einhaltung gemeinsamer Vereinbarungen zum Beispiel über die Beschaffung nach internationalen Zertifikaten zum Fair Trade bereitzustellen. Als Voraussetzung für ein wirksames Handeln der Kommunen sehen wir ihre bessere finanzielle Ausstattung ebenso an wie ihre Möglichkeit, sich eigenwirtschaftlich zu betätigen, weshalb dies zentrale Anliegen unserer parlamentarischen Arbeit sind.

b) kommunale entwicklungspolitische Beauftragte ernannt werden können?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

Wie in Frage 5a angesprochen, streben wir – übrigens nicht nur aus entwicklungspolitischer Sicht – eine deutliche Ausweitung der Handlungsfähigkeit der Kommunen an. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein Grundpfeiler der Demokratie und wird durch die Einschränkungen im Haushalt, aber auch durch die gesetzliche Einschränkung ihrer wirtschaftlichen Betätigung im Rahmen der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) gefährdet.

VII. UNTERSTÜTZUNG GLOBALER ENTWICKLUNGS- UND NACHHALTIGKEITSZIELE UND LOKALER AGENDA-21 PROZESSE

Mit dem Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro wurde die Bedeutung lokaler Politikgestaltung für eine global nachhaltige und gerechte Entwicklung endgültig anerkannt und die **Agenda 21** als Umsetzungsprozess beschlossen. Mit der **Millenniumserklärung** der Vereinten Nationen von 2000 definierte acht Entwicklungsziele (MDGs), die bis 2015 erreicht werden sollten: Hungerbekämpfung, Bildung für alle Kinder, die Gleichstellung der Geschlechter,

die Verbesserung der Gesundheit von Müttern und Kindern, die Bekämpfung von HIV/Aids sowie anderen Krankheiten, ökologische Nachhaltigkeit, Entwicklungspartnerschaft zwischen armen und reichen Ländern. Auf allen Ebenen verpflichteten sich Politik wie zivilgesellschaftliche Organisationen zur Erfüllung der Millenniumsentwicklungsziele.

Aktuell wird unter dem Stichwort **Post-2015 Agenda** auf UN-Ebene an der Formulierung globaler **Nachhaltigkeitsziele** (Sustainable Development Goals/SDGs) gearbeitet, welche als verbindliche Zielsetzungen für Norden wie Süden gelten sollen. Deren Erfolg wird jedoch weiterhin massiv von ihrer lokalen Verankerung und Umsetzung abhängen.

Frage 7:

Setzen Sie sich dafür ein, dass der Agenda 21-Prozess sowie globale Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsziele (MDGs + SGDs) durch die hessische Landesregierung und in den hessischen Kommunen gefördert werden?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

Ja, wie in den obigen Fragen erläutert, sehen wir die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen vor allem im Ressourcen- und Klimaschutz sowie im Einkauf nach sozialen und ökologischen Kriterien. Zur Förderung dieser Ziele ist das Land gefragt, die hessischen Kommunen zu unterstützen.

VIII. BERÜCKSICHTIGUNG ENTWICKLUNGSPOLITISCHER KRITERIEN IM BESCHAFFUNGSWESEN DER HESSISCHEN LANDESREGIERUNG

Das Bundesland Hessen hat im Rahmen seiner Nachhaltigkeitsstrategie eine "nachhaltige und faire Beschaffung" als Ziel formuliert. 2013 hat das Land aber

ein neues Vergabegesetz erlassen, das die Umsetzung dieser Selbstverpflichtung nur begrenzt ermöglicht.

Frage 8:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die hessische Landesregierung möge einen allgemeingültigen und rechtsverbindlichen Rahmen unter Einbeziehung der ILO-Kernarbeitsnormen bereit stellen (Novellierung des aktuellen Vergabegesetzes von 2013), der es den Landesinstitutionen und den Kommunen rechtlich gesichert ermöglicht, in der öffentlichen Beschaffung fair und nachhaltig produzierte und gehandelte Waren, z.B. durch Berücksichtigung der ILO Kernarbeitsnormen, einzukaufen und einzusetzen? Wären Sie darüber hinaus bereit, notwendige Beratungs- und Unterstützungsleistungen bereit zu stellen?

JA NEIN

WENN JA, WIE? _ WENN NEIN, WARUM NICHT?

JA NEIN

Ja, siehe Frage 6a. Die LINKE Fraktion im Hessischen Landtag hat als eine ihrer ersten parlamentarischen Initiativen einen Entwurf für ein hessisches Fairgabe-Gesetz eingereicht und zum Jahresende 2012 einen weiteren Entwurf vorgelegt, der die Erfahrungen der anderen Bundesländer, die in diesem Bereich mit vorbildlichen und praktikablen Ansätzen vorangegangen sind, berücksichtigt. Wir haben dabei, was von interessierten Verbänden besonders gelobt wurde, auch die Frage der Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben und ihrer Kontrolle beachtet (Präqualifikationsverfahren, Benennung und personelle Ausstattung der Beschaffungsstellen, die beraten und kontrollieren) und ein Gremium vorgesehen, das in Absprache mit engagierten Verbänden eine Auswahl vertrauenswürdiger Zertifikate vornimmt.

IX. STÄRKERER EINSATZ HESSENS AUF BUNDES- UND EUROPAEBENE FÜR DIE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Die BRD hat den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (UN-Zivilpakt), den UN-Sozialpakt und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte unterzeichnet. Daraus ergibt sich unserer Ansicht nach ebenfalls eine Verantwortung für die einzelnen Bundesländer, sich der Umsetzung der Erklärungen zu verpflichten und entsprechend zu handeln.

Frage 9:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen an die Hessische Landesregierung, im Sinne einer Regierungsführung der globalen Verantwortung Initiativen auf EU- und Bundesebene zu folgenden Themen zu initiieren bzw. mitzutragen?

- a. Einführung der sozialen Mindeststandards der ILO von 1998 sowie von Umweltstandards im Welthandel

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

Ja, wir haben die hessische Landesregierung wiederholt dazu aufgefordert, ihre internationalen Reisen und Kontakte – vor allem des Wirtschaftsministeriums – zu nutzen, um mit (prospektiven) Handelspartnern hessischer Unternehmen über die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen (Verbot von Kinderarbeit, Recht auf gewerkschaftliche Organisation etc.) zu sprechen und die Themen Menschen- und Arbeitsrechte ins Zentrum der Verhandlungen zu stellen. Wir würden es begrüßen, wenn die hessische Landesregierung ihren Einfluss auf Bundesebene dahingehend nutzen würde, auch auf die deutsche Außenpolitik einzuwirken. Ein direkterer Weg zur Werbung für fairen Handel scheint uns von Landesebene aus aber eine sozial und ökologisch ausgerichtete Beschaffungspolitik der öffentlichen Hand in Hessen sowie die Unterstützung entsprechender Initiativen zum Beispiel durch regionale Partnerschaften, wie sie Hessen bereits mit Regionen in der Türkei, in Polen und Frankreich unterhält.

- b. Entwicklung eines „Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte“ nach Vorgabe der vom UN-Menschenrechtsrat 2011 einstimmig angenommenen „UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

Siehe Frage 9a.

- c. Abschaffung von Exportsubventionen und Schutz regionaler Märkte, Förderung nachhaltiger regionaler Agrarproduktion

JA NEIN

Wir sehen die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe als wichtiges politisches Ziel an, mit dem Fortschritte in zahlreichen Bereichen erreicht werden können. Die damit einhergehende Stärkung des ländlichen Raumes erhöht die Lebensqualität und senkt den inländischen Migrationsdruck, der besonders in Hessen zu einer Überlastung der Ballungsräume und einem Aussterben der Dörfer führt. Diese Entwicklung erhöht das Verkehrsaufkommen und damit den Schadstoffausstoß und fördert die Konzentration von wirtschaftlicher Aktivität, Wohnraumnachfrage und Ressourcenverbrauch. Durch die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe kann dahingegen auch in entwicklungspolitischer Sicht eine Win-Win-Situation erzielt werden.

- d. Einführung demokratischer Strukturen in der „Global Governance“ und umfassende Verankerung der Menschenrechte in den Leitlinien und der operativen Arbeit von WTO, IWF, Weltbank und weiterer internationaler Institutionen

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

Siehe Frage 9a.

- e. Umfassende Schuldenstreichung für Länder des Südens in Verbindung mit Maßnahmen, die eine nachhaltige und eigenständige Entwicklung gewährleisten

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

Siehe Frage 9a.

- f. Verbot von Rüstungsexporten in Länder, welche diese Waffen gegen ihre eigene Bevölkerung anwenden könnten, wie dies auch auf die Leopard II-Panzer zutrifft, die in Kassel produziert werden. Besonderes Augenmerk ist dabei auf den möglichen Export von Kleinwaffen und Dual-Use-Produkten sowie entsprechende Lizenzen zu richten.

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

DIE LINKE Hessen und ihre Landtagsfraktion arbeiten eng mit Initiativen und Bündnissen zusammen, die sich gegen den Militär- und Rüstungsstandort Hessen sowie gegen die Werbung der Bundeswehr an hessischen Schulen und das Kooperationsabkommen des Kultusministeriums mit der Bundeswehr wenden. Als Unterstützung dieser Proteste haben wir einen Rüstungsatlas Hessen erarbeitet, der Standorte militärischer Anlagen und von

Rüstungsproduktionsstätten ausweist. Wir beteiligen und initiieren Proteste gegen die Präsenz der Bundeswehr auf dem Hessentag, der dieses Jahr (2013) in Kassel stattfand und zu dessen Gelegenheit wir auch Proteste gegen die dort ansässigen Rüstungsanlagen unterstützt haben. Die LINKE Fraktion hat wiederholt die Landesregierung aufgefordert, die Einhaltung der Ausfuhrvorschriften für Rüstungsgüter beim Bund einzufordern und sich für eine Konversion der hessischen Rüstungsproduktionsanlagen einzusetzen.

X. STÄRKERE VERNETZUNG ZWISCHEN KLIMASCHUTZ UND ENTWICKLUNGSPROJEKTEN ALS BEITRAG ZU GLOBALER GERECHTIGKEIT UND NACHHALTIGER ENTWICKLUNG

Die entwicklungspolitischen Herausforderungen sind in den letzten Jahren zunehmend komplexer geworden. Die bisherige **Wachstumsorientierung** als Entwicklungsmaßstab muss angesichts **klimabedingter Katastrophen** und sozialer Verwerfungen in Industrie-, Schwellen- und „Entwicklungsländern“ grundlegend in Frage gestellt werden. An deren Stelle müssen Kriterien gestellt werden, die Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung miteinander verbinden. Entwicklungspolitik muss als Strukturpolitik zu globaler sozial-ökologischer Transformation beitragen und die MDGs zu globalen Nachhaltigkeitszielen weiterentwickelt werden.

Frage 10:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die hessische Landesregierung möge

- a. verstärkt solche Projekte unterstützen, die Klimaschutz, globale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung verbinden?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

Ja, siehe Frage 1 und 2b.

- b. mit konkreten Projekten die Förderung der Informations- und Sensibilisierungsarbeit, die globalen und lokalen Zusammenhänge zwischen Klimaschutz, Energiegerechtigkeit, sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung deutlich machen?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

Ja, siehe Frage 1, 2b und 3.

XI. MIGRATION, INTEGRATION UND ASYL IN HESSEN

In Hessen leben Menschen aus 195 Nationen. Zu ihnen zählen MigrantInnen, Flüchtlinge, temporär hier lebende StudentInnen und Arbeitskräfte. Sie alle tragen dazu bei, die Vielfalt und Offenheit, den Austausch von Gedanken, Erfahrungen, Werten und Ideen – und damit die Entwicklung in Hessen – zu fördern. Gleichzeitig tragen Sie vielfach zur Entwicklung in ihren Herkunftsländern bei. MigrantInnen überweisen jährlich ein Vielfaches der offiziell im Rahmen der weltweiten staatlichen Entwicklungshilfe fließenden Gelder in Form von Rücküberweisungen an ihre Angehörigen. Migrantisch-diasporische Vereine und Organisationen (MDO) engagieren sich sowohl in der Projektarbeit im globalen Süden als auch in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit hier. Die Forderung nach Integration muss beinhalten, dass auch die deutsche Mehrheitsgesellschaft lernen muss, sich in verändernden gesellschaftlichen Verhältnissen zurecht zu finden, darin zukunftsgerichtet, offen und solidarisch zu handeln und rassistische Zuschreibungen zurückzuweisen.

EPN Hessen tritt dafür ein, dass gleiche Rechte und Teilhabemöglichkeiten nicht von der Herkunft eines Menschen abhängig gemacht werden und fordert eine

Landespolitik, die ernsthaft dazu beiträgt, Diskriminierungen und Vorurteilen vorzubeugen bzw. abzubauen.

Frage 11a:

Unterstützen Sie die Forderung des EPN Hessen, die hessische Landesregierung möge

- a. alles tun, damit MigrantInnen in Hessen zukünftig bezogen auf Verteilungsgerechtigkeit, Sicherstellung äquivalenter wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Teilhabe die gleichen Chancen und Möglichkeiten erhalten, wie Mitglieder der deutschen Mehrheitsgesellschaft?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

Ja, Migrant_innen leiden weiterhin unter deutlich schlechteren sozialen und Einkommensverhältnissen. Von der Deregulierung des Arbeitsmarktes und den Einkommensverlusten der unteren Einkommensdezile sind sie besonders betroffen, ebenso von der Ausbreitung des Niedriglohnsektors. Von den sozial-, arbeitsmarkt- und steuerpolitischen Forderungen der LINKEN (Abschaffung von Leiharbeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen, Einführung eines Mindestlohns von 10 Euro, solidarische Bürgerversicherung, stärkere Heranziehung hoher Einkommen und Vermögen zur Finanzierung des Gemeinwesens) würden die unteren Einkommensgruppen, in denen Migrant_innen überdurchschnittlich stark vertreten sind, auch überdurchschnittlich profitieren.

- b. allen Formen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft, in Behörden und Institutionen, in der Schule und im Arbeitsleben aktiv entgegen treten sowie eine stabile und ausreichende

Finanzierung von zivilgesellschaftlichen Projekten und Strukturen zum Abbau rassistischer Stereotype zur Unterstützung von Opfern rechtsextremer Gewalt zu gewährleisten?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

Zuhause fühlt sich nur, wer am kulturellen, sozialen und politischen Leben ungehindert teilhaben kann. Das wird durch Rassismus in der Gesellschaft unmöglich gemacht. Die schrecklichen Morde der Terrorgruppe NSU sind nur die Spitze des Eisberges. Jede_r Migrant_in kennt Diskriminierung aus dem eigenen Alltag, aus der Job- oder Wohnungssuche, aus der Schule, von Behörden. Gegen solche Missstände muss konsequent vorgegangen werden

- mit einem Landesantidiskriminierungsgesetz, das auch die Bereiche Wohnen, Schule und Polizei abdeckt und das durch einen Rechtshilfefonds für alle zugänglich ist.
- durch die Unterstützung antirassistischer Initiativen und konsequente Verfolgung rassistisch motivierter Straftaten.
- indem Mehrsprachigkeit als Bereicherung anerkannt wird und die verschiedenen Herkunftssprachen in der Schule gefördert werden.

c. MigrantInnen und Diasporaorganisationen in Entscheidungsprozesse zu entwicklungspolitischen Fragen einbezogen werden und so ihre Expertise und Sicht auf Handelsbeziehungen, verantwortliches Unternehmertum und Demokratieförderung einbringen können?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

Siehe Frage 5a und 5b.

Kriege, Armut und Flüchtlinge sind täglicher Teil der globalisierten Weltgesellschaft. Die individuellen Gründe für Flucht und Asyl liegen z.B. im Fehlen eigener Perspektiven, in den Unterschieden zwischen reich und arm, in Krieg oder Verfolgung. Von den weltweit rund 43 Millionen Flüchtlingen sucht nur ein geringer Teil Schutz in Europa. Menschen, die auf der Flucht sind oder Asyl suchen, gebührt ein besonderer rechtlicher und gesellschaftlicher Schutz und eine menschenwürdige Aufnahme.

Frage 11b:

Sind Sie bereit sich dafür einzusetzen,

- a. dass der durch die hessische Verfassung und das Grundgesetz garantierte Schutz (Unverletzlichkeit der Person und der Familie, Recht auf Freizügigkeit) auch für Asylsuchende gilt, dies schließt die kostenfreie unabhängige Rechtsberatung und die Abschaffung des Flughafenverfahrens ein. Insbesondere Minderjährige und kranke Menschen dürfen nicht abgeschoben und Familientrennungen müssen künftig verhindert werden.

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Residenzpflicht für Asylsuchende bundesweit abgeschafft wird.

Die Asyl-Schnellverfahren auf dem Flughafengelände ist abzuschaffen. Wir treten dafür ein, dass an allen deutschen Flughäfen allen Asylsuchenden ein reguläres Asylverfahren in Freiheit ermöglicht wird.

Wir wollen

- ein Verbot von Abschiebungen aus Jugendhilfeeinrichtungen und fordern von der Landesregierung, sich auf der Bundesebene für eine

Abschaffung des so genannten Flughafenasylverfahrens nach § 18a des Asylverfahrensgesetzes einzusetzen.

- ein Verbot der Inhaftierung minderjähriger Flüchtlinge in Abschiebungs- und Zurückweisungsverfahren, Verzicht auf Flughafenverfahren und direkte Grenzabweisungen, damit Clearingverfahren bei unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden durchgeführt werden können; Verbot der Abschiebung minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge

Egal ob Flüchtling, hochqualifizierte_r Arbeitnehmer_in oder nachgezogene_r Ehegatt_in, alle, auch Asylbewerber und Flüchtlinge müssen hier in Würde leben können. Dazu müssen der Familiennachzug muss erleichtert und die diskriminierenden Sprachanforderungen abgeschafft werden.

- b. dass die Integrationsmöglichkeiten von Asylsuchenden in unserer Gesellschaft gestärkt und gefördert werden, insbesondere in der schulischen und beruflichen Ausbildung Jugendlicher sowie grundsätzlich bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit auch vor Abschluss des Asylverfahrens?

JA NEIN

Wenn JA, wie? _ Wenn NEIN, warum nicht?

JA NEIN

Über Arbeitsmöglichkeiten müssen Asylsuchende nach Einreichung ihres Asylantrags sofort in die Lage versetzt werden, sich ihr Leben selbst zu organisieren und damit unabhängig von staatlicher Hilfe zu sein.

Wir wollen, dass ausländische Schul- und Berufsabschlüsse unbürokratisch anerkannt und geeignete, finanziell geförderte Möglichkeiten zur Nachqualifizierung angeboten werden.